



Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitdruck oder deren Raum 8 fr.

Inferate für die Oberpostamts-Zeitung bestelle man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inferate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hamerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt

Deutschland. Frankfurt (Ueber die holstein-schleswig'sche Streit-sache. Parlaments-Vorleser. Ankunft des Grafen von Rechberg). Wien (Die Minister nach Kremier. Beabsichtigte Kagenmusik. Stimmung in Ungarn. Berurtheilungen. Berichtung. Die letzte Reichstags-Sitzung. Mörderischer Ueberfall in Graz. Zwietracht im Cabinet). Prag (Die Prager Studenten-Deputation. Klagen der Slaven im südlichen Ungarn). Triest (Englischer Consul in Venedig. Verhaftung. Die Unterfütterung an Venedig. Telegraph. Gemeindevahlen. Abreise des neapolitanischen Dampfschiffs). Hannover (Die Erklärung der hannoverschen Regierung über das deutsche Verfassungswerk und die Grundrechte). Stuttgart (Deutschland, Preußen und Oesterreich. Aus der zweiten Kammer). Ungarn. Debreczin (Zustände. Vantnotenfabrikation. Rump-parlament. Kossuth. Die Haltung der Insurgenten). Agram (Die Festung Esseg. Kasimir Batthyany). Italien. Rom (Eröffnung der Nationalversammlung. Entlassung der Schweizerregimenter). Frankreich. Paris (Nationalversammlung: Interpellation wegen Vagaud. Die fremden Demokraten. Erklärung in Betreff Roms. Die Nationalgarde von Cetta aufgelöst). Spanien. Madrid (Deputirtenkammer. Ministerium). Nachschrift. Börsenberichte.

Deutschland.

* * * **Frankfurt, 14. Febr.** Der englische „Globe“ und nach ihm das „Journal des Debats“ enthalten eine ausführliche, populär geschriebene Darstellung der Streitfrage zwischen Deutschland und Dänemark. Da wir uns dem Zeitpunkt nähern, wo der mit Dänemark abgeschlossene Waffenstillstand zu Ende geht, und daher jene Streitfrage entschieden werden muß, ist diese Veröffentlichung auch für Deutschland von Wichtigkeit. Offenbar ist es dabei darauf abgesehen, der öffentlichen Meinung in Frankreich und England eine bestimmte Richtung zu geben. Die Ausführung des „Globe“ ist übrigens der Druckschrift von Trovers Wiß über die Verhältnisse der Herzogthümer Schleswig und Holstein zu Dänemark und zum deutschen Bunde entnommen, und daher den Ansprüchen Deutschlands in keiner Weise günstig. Eine ähnliche Veröffentlichung würde für Deutschland zuverlässig ihren Nutzen haben und wir bedauern, daß wir dazu nicht in den Stand gesetzt sind. Wenn die deutschen Völker in dem Falle gewesen sind, für die verletzten Rechte eines deutschen Staates die Waffen zu ergreifen, und die Gefahr der Fortsetzung des Kriegs noch nicht völlig beseitigt ist, so ist man ihnen eine Aufklärung über den Stand der Sache schuldig. Nachdem die Zeit leidenschaftlicher Aufregung vorüber ist, wird man sich nicht zu scheuen haben, die volle Wahrheit zu sagen, und selbst etwa begangenes Unrecht nicht mehr als nöthig zu bemängeln. Wir halten dies für den sichersten Weg, die Beziehungen Deutschlands zu den auswärtigen Mächten auf eine dauernde und befriedigende Weise zu ordnen. Wie wir vernehmen, sind die Unterhandlungen so weit vorbereitet, daß man nach ihrem Beginne einem baldigen Abschluß des Friedens entgegen sehen kann. Es soll, so heißt es, der vermittelnde Vorschlag Englands angenommen werden, die völlige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Herzogthums Schleswig, sowohl von Deutschland als von Dänemark, dem Frieden zum Grunde zu legen. Nach dem alten Bundesstaats-rechte läßt sich hiergegen nichts Erhebliches einwenden, und es würde alsdann nur noch der nexus socialis zwischen Holstein und Schleswig in Frage kommen. Diese Schwierigkeit wird sich aber wohl auch noch überwinden lassen, trotz des Widerstrebens, das sich dormalen in den Herzogthümern zeigt. Hierbei wird man nicht sowohl die althergebrachten Rechte, deren Bestand vielfach bestritten ist, als die Verhältnisse, wie sie sich durch die dormalige Umgestaltung Deutschlands ausbilden werden, in's Auge zu fassen haben. Staatsrechtliche Servituten haben immer etwas Bedenkliches, und sind streng genommen mit den nunmehr herrschend gewordenen Principien unvereinbar. Der daraus entstandene Gewinn ist sehr zweifelhafter Natur, der Nachtheil aber gewiß. Uebrigens wird die Ausführung einer administrativen Verbindung zwischen dem zum deutschen Bundesstaate gehörigen Holstein und dem selbstständigen Schleswig kaum noch möglich sein. *) Der Zollverein, die Ungleichheit der Lasten und Gesetzgebung setzt einer solchen Verbindung die größten Hindernisse entgegen, und die Herzogthümer selbst dürften sich, ehe lange vergeht, genöthigt sehen, derselben zu entsagen. **) Auch können wir es uns nicht denken, daß Deutschland wegen eines solchen höchst zweifelhaften Gutes aufs neue in den Krieg gestürzt werden könnte. ***) Blicken

wir auf unsere innern Verwickelungen, so haben wir das größte Interesse dabei, wenigstens mit unsern Nachbarn Frieden zu halten. Für den Ehrentypus wird sich auch bei versöhnlicher Gesinnung schon noch sorgen lassen. Hierfür hat zunächst Preußen einzustehen. Wir hoffen sonach, daß der Gesandte von Dunsen befriedigt von hier abgegangen sein, und sich das Verdienst erwerben wird, die dänische Streitsache zum friedlichen Schluß zu bringen.

* **Frankfurt, 9. Febr.** In Dr. Knispels „Rhetorischen Skizzen aus der Paulskirche“ wurde der mehrfache große Nachtheil des in derselben herrschenden und schon oft beklagten mangelhaften Lesevortrages und in einer nicht minder überzeugenden Weise die Nothwendigkeit nachgewiesen, ein allgemeines und klares Verständniß der Protocolle, Anträge, Berichte, Namensaufrufe und der von gewissen Rednern vorgebrachten Actenstücke durch eigens bestellte tüchtige Vorleser zu vermitteln. Da aber alle deutschen Ständekammern, Gerichtshöfe, politische, kirchliche und andere Versammlungen an jenem Uebel leiden und dasselbe vielfach schon dadurch zu beseitigen ist, daß man die geeigneten Mitglieder zu Vorlesern erwählt, so wäre es wohl rathsam, diesen Vorschlag in den betreffenden Kreisen möglichst zu benützen.

* **Frankfurt, 14. Febr.** Herr Graf von Rechberg, dessen Ankunft in dem Artikel „Frankfurt, 13. Febr.“, im heutigen Hauptblatte, in Aussicht gestellt war, ist gestern Abend bereits hier eingetroffen.

* **Wien, 10. Febr.** Die Minister sind gestern sämmtlich nach Kremier abgereist. — Man sprach von einem Versuch, dem Gouverneur Welben eine Kagenmusik zu bringen; doch blieb Alles ruhig. — Für Frankfurt ist eine neue Wahl im Bezirk Leopoldstadt ausgeschrieben. — Pillerersdorf, Hornbösfl und Kúbed begeben sich in den nächsten Tagen nach Kremier, um ihre Siege in der Kammer einzunehmen. — Ueber die Stimmung der Bewohner in den von unseren Truppen besetzten Comitaten Ungarns erfahren wir, daß hauptsächlich die Entwaffnung den an seinen Säbel gewohnten Edelmann schmerzhaft trifft. Ungarn, sagt er, sei mehrmals im Kriege überwunden, ja von den Osmanen selbst unterjocht gewesen, doch habe man dem Edelmann seine Waffen gelassen. — Georg Graf Lazar, k. k. Major, und Alois Baron Wiedersperg wurden wegen Betheiligung an dem ungarischen Aufstande zur ehrlosen Entsetzung der Offizierscharge und zum Tode durch den Strang verurtheilt, diese Strafe aber in zehnjährigen Festungsarrest verwandelt. — Die Nachricht, daß wegen eines Einverständnisses mit Kossuth die Papiere des Pester Großhändlers Wodianer mit Beschlagnahme und dessen Güter mit Sequester belegt worden, hat sich nicht bestätigt; vielmehr war der Chef des Hauses Wodianer zum Gouverneur der ungarischen Bank in Pest ernannt.

In der letzten Reichstags-Sitzung ereignete sich eine ärgerliche Episode, da der Ausschuss wegen Ausfolgung des Abgeordneten Kaim ans Gericht sein Gutachten noch nicht abgeben zu können erklärte. Neuwall beschwerte sich darüber, wurde von Joseph Neumann pathetisch unterstützt, aber ebenso pathetisch von Borrosch widerlegt; zuletzt wurden alle Anträge zurückgenommen und der Ausschuss wird es künftige Woche berichten. Die Gezeiten scheinen gesonnen, ihren Landsmann, der aber nicht auf ihrer Seite ist, wegen einiger im Hause gemachten Aeußerungen dem Gerichte überlassen zu wollen, worauf denn natürlich auch das Wiener Criminalgericht ein gleiches Ansuchen stellen wird. Es sollen wenigstens 10 Deputirte angeklagt sein. — In Graz erregte ein Vorfall sehr viel Aufsehen. Der Redacteur der „Volks-Zeitung“, eines demokratischen Blattes, Namens Julius Gretschnigg, hatte den bekannten Aufsatz Bafunin's, der zuerst in Prager Blättern erschienen war, auszugswise und mit missbilligenden Bemerkungen abgedruckt. Am 7. Abends wurde er in seiner etwas abgelegenen Wohnung von 12 Mann des Chev-Legers-Kgmts. Windischgrätz überfallen und wiewohl er fränk im Bette lag, durch mehrere Hieb- und Stichwunden tödtlich verletzt. Die Bestrafung dieser That wurde vom Interims-commandirenden der an ihn ergangenen Deputation der Nationalgarde, bei welcher G. Lieutenant ist, zugesagt. Nach der „Presse“ wären jedoch 100 Mann in die Wohnung gedrungen und die Veranlassung dazu hätte in einigen in letzter Zeit auf Fürst Windischgrätz gemachten Ausfällen bestanden. — Im Ministerium herrscht großer Zwiespalt; Bach und Stadion sollen entzweit sein.

* **Prag, 10. Febr.** In der heutigen Plenarversammlung der deutschen Studenten statteten die beiden deutschen Mitglieder der in Recrutierungsangelegenheiten an das Ministerium abgegangenen und heute Nachmittag rückgekehrten Studentendeputation, die Herrn Slogau und Urban, Bericht ab über den Erfolg ihrer Sendung. Nach mehrtägigem fruchtlosen Warten auf die Ankunft der in Wien anwesenden Minister sah sich die Deputation endlich genöthigt, dorthin zu reisen. Die Antwort des Ministers

Stadion auf die Petition der Studenten lautete sehr höflich dahin, daß die begünstigende Wirkung der Frequentationszeugnisse aufhöre, und die Recrutierungspflichtigkeit der Studenten nach dem Patente vom Jahre 1827, das bloß die mit Vorzugsklassen theilhaftigten Studenten von der Conseription befreit, beurtheilt werden müsse. — Der heutige Nachmittagstrain brachte zweihundert ungarische Kriegsgefangene mit. Briefe aus Agram sprechen große Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Regierung aus, welche in die slavischen und deutschen Districte Ungarns Magyaren als königl. Commissäre schickt, und die magyarische Sprache noch immer als die Amtssprache für alle öffentlichen Geschäfte erklärt. Die Slaven Ungarns ziehen daraus den nicht eben fern liegenden Schluß, daß man sie nach so vielen Opfern, die sie Oesterreichs Sache gebracht, nach wie vor wieder den Magyaren unterordnen wolle. Man sieht, der Gährungsstoff häuft sich in Ungarns Süden.

* **Triest, 6. Febr.** Groß ist hier der Unwille gegen den englischen Consul in Venedig, der venetianischen Schiffern königl. englische Seecurkunden ausstellt, mit welchen diese unter jonischer Flagge in den istrischen Häfen Lebensmittel und Holz aufladen und nach Venedig bringen, wodurch die Maßregeln unserer Regierung gegen diese Stadt entkräftet werden. Ein humaner Schiffscapitän, der mit einem beladenen Schiffe angeblich nach Malta absegelte, unterwegs aber seinen Leuten befohl, die Richtung nach Venedig einzuschlagen, wurde von diesen zur Rückkehr gezwungen und den Behörden ausgeliefert. Ehre diesen braven Männern. — Ein Pole Czaykowski, ehemals Offizier in kaiserlichen, später in piemontesischen Diensten, wurde in Fiume verhaftet, unter Bedeckung hierher gebracht und vor ein Kriegsgericht gestellt. — Einer unserer Hauptrevolutionäre, Dr. Gazoletti, der für seinen Plan, Triest zu einer italienischen Freistadt zu machen, Proselyten zu werben suchte, ist von der Stadt Rovereto zum Deputirten nach Frankfurt gewählt worden. — Man machte Glossen darüber, daß die allergeheuerste Stadt Triest den Venetianern eine Geldunterstützung von 152 Zwanzigern geschickt hat. Wir können nur antworten, daß es hier Häuser gibt, die hilfsbedürftigen Individuen bedeutendere Almosen zukommen lassen, daß diese unbedeutende Spende nicht den vierten Theil von dem beträgt, was einige Triester Bürger dem Feuerwerker Caroly, der sich in Caorle ausgezeichnet hatte, zum Geschenke machten, und daß diese geringe Summe auch wirklich den richtigen Maßstab der Sympathien der echten Triester für das rebellische Venedig gibt, das im Sommer v. J. jubelte, als ihm die Sarden versprochen, Triest in einen Schutthaufen zu verwandeln, weil es keinen Verrath an Oesterreich begehren wollte. — Heute ist im Gubernialgebäude das telegraphische Cabinet fertig geworden; nun werden wir in der Lage sein, die wichtigen Nachrichten aus Wien in einigen Minuten zu erhalten. — Gestern Nachmittag lief ein französisches Dampfboot, aus Venedig kommend, in unseren Hafen ein; man erzählt, es herrsche daselbst seit einiger Zeit doch Mangel, da die österreichischen Schiffer nicht mehr hindürfen und auch andere nicht mehr hingehen, weil sie ihre Waaren nicht gegen venetianisches Papiergeld verkaufen wollen, das Silbergeld aber in Venedig sehr rar geworden ist. — Die zur Completirung unseres Gemeinderaths gestern vorgenommenen Wahlen von 12 neuen Räten sind, auch wie die früheren, mit einer einzigen Ausnahme, zu Gunsten der österreichischen Partei ausgefallen. — Soeben verläßt unter den üblichen Geschüßsalven das neapolitanische Dampfboot Capri, welches hier die Rückkehr des General Sabadelli aus Olmütz erwartet hatte, unseren Hafen. — Wie ich erfahre, sollen schon Böswillige die Drähte des Telegraphen zwischen hier und Optschina durchschnitten haben. (C. B. a. B.)

* **Hannover, 11. Febr.** Ein Extrablatt der heutigen „Hannoverschen Zeitung“ theilt die bereits erwähnte Erklärung der hannoverschen Regierung über das deutsche Verfassungswerk und die Grundrechte in seinem ganzen Inhalte mit. Die Ansicht der königlich hannoverschen Regierung über die deutsche Angelegenheit ist darin aus Anlaß der Grundrechte klar entwickelt. Der erste Grundsatz derselben bei ihrer Bekanntmachung vom 22. März v. J. war auf Maßregeln zur Einigung Deutschlands und zur Erreichung einer Vertretung des Volkes beim Bunde im verfassungsmäßigen Wege gerichtet. Sie hatte sich dabei der vollen Zustimmung der früheren Ständerversammlung zu erfreuen. Seitdem sind Ereignisse eingetreten, die das Fortbauen auf die bisherigen Grundlagen und die Entwicklung auf verfassungsmäßigem Wege unmöglich zu machen schienen; mit Errichtung einer provisorischen Centralgewalt am 7. Juli und der Auflösung der Bundesversammlung schien dieser Weg ganz aufgegeben zu sein. Durch den Beschluß der Bundesversammlung vom 12. Juli, wodurch sie ihre Befugnisse dem Reichsverweser übertrug,

*) Wir haben G. und zu glauben, daß die Instructionen des Reichs-ministeriums nicht ermächtigen, Verbindungen zwischen den Herzogthümern aufzugeben, welche dieselben vor dem Beginn des Krieges hatten. D. Red. d. „D.-P.-A.-Z.“

**) So viel wir wissen, hätte eine solche Entfugung nicht einen Verteidiger im Reichsministerium.

***) Mit der Politik des Friedens um jeden Preis ist noch nie ein guter Friede geschlossen worden.

wurde zwar die Möglichkeit, das sich neu Bildende einzigermaßen an die bestehende und von den übrigen Staaten Europas allein anerkannte Ordnung anzuknüpfen, gewährt. Nach dem Umschwung der Verhältnisse in Oesterreich und Preußen ist jedoch der gesammte Zustand Deutschlands wiederum ein völlig verschiedener geworden, und die Dinge nähern sich abermals einer Entscheidung, welche von der damals erstrebten sehr weit abgehen kann. Die Regierung hat in der Zwischenzeit in allen wirklich praktischen Fragen ihre Verpflichtungen gegen das Gesamt Vaterland nach Kräften entschieden und vollständig erfüllt, in Beziehung auf die Verfassung aber lediglich die Entwicklung abwarten müssen. In ersterer Beziehung werde kein Staat verhältnismäßig so viel Opfer gebracht haben, als Hannover, namentlich bei dem dänischen Kriege, bei den Leistungen zur deutschen Flotte und bei den wichtigen Fragen über Zoll- und Handelsvereinigung. In Beziehung auf die Verfassung hat die Regierung, so lange noch der Bundestag ein Organ abgab, nichts versäumt, um der Verfassung eine feste Grundlage zu geben, nachmals aber der Wendung entgegenzusehen müssen, welche die Ereignisse herbeiführen würden, da offenbar die Regierung eines mittleren Staates keinen entscheidenden Einfluß üben konnte. Diese Fragen theilen sich gegenwärtig in zwei Hauptmassen: Verfassungs-Formen und die Grundrechte; jene die eigentliche Aufgabe, diese mehr eine Erweiterung derselben. Was die ersten angeht, so haben sich die Verfassungen, seitdem die Regierungen der beiden großen Staaten wieder zu Kraft gelangt sind, um deren Verhältniß gedreht. Durch Oesterreichs Erklärung, an dem früheren Bundesverhältniß festhalten zu wollen, ohne sein Verhältniß zu dem neu zu gründenden Bundesstaate bestimmt zu bezeichnen, ist die Sache ungemein erschwert worden, wie sich am deutlichsten darin gezeigt hat, daß in der Nationalversammlung für eine genügend bestimmte Form der Reichsgewalt, mithin der Verfassung selbst, bei den Abstimmungen eine Mehrheit sich nicht bilden konnte. Höchst erwünscht war es daher der Regierung, daß Preußen die Initiative ergriffen, um noch jetzt die Regierungen in einer gemeinsamen Erklärung zu vereinigen, welche für die schließliche Verathung der Verfassung einen Anhaltspunkt und so den unbegrenzt umhergeschweiften Verfassungsplänen einen festen Schluß zu geben geeignet sein möchten. Die hannoversche Regierung hegt sowohl zu den deutschen Regierungen als zur Nationalversammlung das Vertrauen, daß alle Theile sich zu Opfern bereit und eben dadurch zur wahren Einigung und Kräftigung des Vaterlandes sich fähig erweisen werden. Dieses werde auch die Angelegenheit der Grundrechte zur definitiven Erledigung führen. Bei dieser Sache haben materielle und formelle Gründe der verschiedensten Art völlig entgegengesetzte Auffassungen hervorgerufen. Während in materieller Hinsicht nur wenige mit allen Sätzen einverstanden sein möchten, hat der kurze positive Ausdruck von Rechtsregeln und Principien, welche größtentheils auch gegenwärtig schon gelten, bei vielen unbedingten Beifall gefunden. Und eben so haben viele in der Anerkennung eben dieser Grundrechte durch die Regierungen — ungeachtet aller Bedenken, die man sich nicht verhehlt, — eine Garantie zu finden geglaubt, daß auch die Verfassung, wenn solche abgeschlossen sein würde, anerkannt werden müsse, während andere aber in dem Vorwegnehmen dieser Grundrechte eine größere Schwierigkeit entdecken, als in dem vollständigen Verfassungswerke selbst. Die Verfassung verfatte der Regierung nicht, Landesgesetze ohne Zustimmung der Ständeversammlung zu verkündigen; es sei denn in dringenden Fällen, und wenn dieselben keine Abänderung der Landesverfassung enthalten, oder wenn es Bundesbeschlüsse sind. Nun habe aber die provisorische Centralgewalt keine andere als vollziehende Befugnisse übertragen erhalten, da nach dem Beschlusse vom 28. Juni die Errichtung des Verfassungswerks von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen sei. Die Grundrechte aber sind ein Theil des Verfassungswerks; auch konnte die Bundesversammlung selbst keine andern Rechte übertragen, als ihr durch den Bundeszweck (innere und äußere Sicherheit) und die Bundesacte zustanden, womit manche Bestimmungen der Grundrechte, namentlich über Eigenthum, gar nicht zusammenhängen. Auf der von den Regierungen nicht anerkannten Annahme aber, daß der Nationalversammlung die Begründung der Verfassung ganz allein zustehe, habe man in einer so schweren und verantwortlichen Sache nicht fügen können. Die Nothwendigkeit einer Verständigung sei noch bei der österreichischen Frage anerkannt, in Aufhebung der Grundrechte aber freilich nicht versucht worden. Bei diesen Zweifeln, bei der Unmöglichkeit für die Regierung den Grundrechten einseitig geltende Kraft zu verschaffen, hätten die materiellen Bedenken doppelte Bedeutung gewinnen müssen. Der größte Theil der Grundrechte sei bereits im geltenden Rechte Hannovers begründet und also unbedenklich; aber solche allgemeine leitende Rechtsprincipien könnten nicht in bindende Gesetze umgewandelt werden, ohne eine Reihe näherer Bestimmungen und Ausnahmen nöthig zu machen, durch welche die praktische Anwendung einer jeden Regel nur möglich wird. Dies scheine im vorliegenden Fall keineswegs genügend beachtet zu sein, ja der Eingang der Grundrechte, welcher jede Aufhebung oder Beschränkung derselben ausdrücklich untersagt, würde solche nothwendige nähere Bestimmung an sich unmöglich machen. Außerdem seien einzelne Sätze unvereinbar mit den hannoverschen Zuständen. Es werden namentlich zu dessen Nachweisung die einzelnen Paragraphen angeführt; dieselben betreffen Heimathsrecht, Auswanderungsfreiheit, Wehrpflicht, Landpolizei, Glaubensfreiheit (§ 14, wo in der vorgeschriebenen Cidesformel ein Widerspruch mit § 19, wonach Niemand seine religiöse Ueberszeugung zu offenbaren verbunden ist, und mit den Rechten der Secten, welche den Eid überhaupt für sündlich halten, gefunden wird); ferner § 17, wobei doch dem Staate die Rechte nicht beschränkt werden können, die er in Bezug auf die Temporalien einzelner Kirchen zu üben hat und ihm die Befähigung der Geistlichen bleiben muß, so lange denselben bürgerliche

Funktionen in Betreff der Ehen, die Führung der Standesbücher u. übertragen sind; eben so die Paragraphen des Art. 6 in Betreff der Schulen, da der Religionsunterricht stets Hauptgegenstand der Volksschulen bleiben wird, mithin der Aufsicht nicht entzogen werden könne; ferner die Paragraphen in Betreff der Gemeindefreiheit, des Armenwesens u., welche in Verbindung mit dem Heimatsgesetz große Gefahren mit sich bringen, den Gemeinden Lasten, zu deren Tragung sie auf die Dauer unfähig sein würden, auflegen und einen Zustand herbeiführen könnte, wie er an den Grenzen mehrfach schon eingedrungen ist. Weiter in Betreff des unentgeltlichen Schulunterrichts, wobei die Schule zu Grunde gehen würde, — der unbedingten Theilbarkeit des Eigenthums; ferner der §§ über Aufhebung von Grundlasten, Ablösungen, Jagdrechte u., welche in ihrer Fassung mit der verkündigten Heiligung des Eigenthums u. im Widerspruch stehen. Am Schluß wird auch ein allgemeiner Uebelstand hervorgehoben. Es soll keine Verfassung eines deutschen Einzelstaates die Grundrechte aufheben oder beschränken können; so lange aber eine Gesamtverfassung Deutschlands nicht vorhanden ist, könne die Regierung irgend eines Staates sich eine solche Beschränkung unmöglich auflegen. Jedes Gesetz muß nothwendig abgeändert werden können, wegen der Mangelhaftigkeit menschlicher Einrichtungen und weil es nur auf wandelbaren Thatfachen u. beruht. Sobald eine Gesamtverfassung, eine höhere Gesetzgebung bestünde, fallen diese Bedenken weg, weil es dann einen Weg gebe, auf dem ein schädliches Gesetz abgeändert werden könne. Endlich sollen nach Art. 8 die Grundrechte im Fall eines Krieges und Aufruhrs zeitweise außer Kraft gesetzt werden können. Sei dieses nothwendig, so sei um so klarer, daß ohne diese Befugniß die Grundrechte unhaltbar sind, dieselben also auch in dieser Beziehung erst die Möglichkeit der Geltung durch das Zustandekommen der Verfassung erhalten. Die Regierung kann sich also nicht verpflichten, die Punkte Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Aufhebung der Stellvertretung, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Theilbarkeit des Grundeigenthums und die gerügten Eingriffe in die Heiligkeit des Eigenthums als unabwiesliche Norm ihres Verfahrens anzuerkennen; sie möchte den Schein nicht auf sich laden, als mache sie Zugeständnisse in der Hoffnung, selbige unter günstigen Umständen zurückziehen zu können. Sie kommt darauf zurück, daß durch den neuesten Schritt der preussischen Regierung auch diese Sache in eine andere Lage gebracht worden ist, indem dadurch die Aussicht gewährt sei, die Verfassung Deutschlands überhaupt zum Abschluß gebracht zu sehen und zwar in der einzig dauerhaften und erwünschten Weise, durch Uebereinstimmung der Fürsten und des Volks. Die Regierung werde kein Bedenken finden, auf den Wunsch der Stände die Grundrechte, so weit sie der Verfassung und dem Wohle des Landes angepaßt werden können, zunächst zu publiciren; sie kann dieses aber nur unter dem Vorbehalte, daß, so lange die Verfassung Deutschlands noch nicht festgestellt ist, die zu publicirenden Bestimmungen der Einwirkung der Landesgesetzgebung nicht entzogen sein dürfen. Daneben wird sie mit allen Kräften dahin arbeiten, daß die Befestigung der von ihr angeführten Uebelstände bei der schließlichen Verständigung über die Verfassung Deutschlands erreicht werde.

Wie man der „Weser Ztg.“ von hier schreibt, ist am 10. ein preussische Note bei dem hiesigen Ministerium eingegangen, in welcher das Berliner Cabinet erklärt, es werde die Grundrechte nicht vor Beendigung der deutschen Verfassung anerkennen. Erst nach dem Eingange dieser Berliner Mittheilung sei das Schreiben des hannoverschen Ministeriums mit der oben mitgetheilten Erklärung der Regierung an die Stände abgegangen.

2. Stuttgart, 11. Febr. Ein Correspondent der „Abg. Ztg.“, der vom hiesigen Dreifuß der österreichisch-preussisch-bayerischen Trias herab einen Heinrich Gagern abkanzelt und in ihm spöttisch nur einen etwa in geistlicher Entwicklung begriffenen, künftigen, großen Staatsmann anerkennt, gibt neue Beiträge zu den „drei wichtigsten Fragen der deutschen Verfassung“. Aber welche Begriffe hat dieser Correspondent von dem neu zu gestaltenden Deutschland! Nach ihm müßte Alles so viel möglich beim Alten bleiben! Oesterreich darf in seinen Ansprüchen in Deutschland nicht verkürzt werden, das ist die Hauptsache! Von Bayern ist bescheidener Weise diesmal nicht die Rede; daß aber der Correspondent nicht daran gedacht habe, wird Niemand vermuthen. Preußen wird mit Complimenten abgeseift. — Der Correspondent übergeht ganz mit Stillschweigen die Gagerns erste Rede gegen die §§ 2 und 3 vollkommen bestätigende Erklärung des österreichischen Ministeriums von Kremser; dies willkürliche Vergessen gewährt ihm freilich den Vortheil, die spätere Erklärung Oesterreichs, welche mit jener in directem Widerspruch steht und doch von den gutmüthigen Deutschen als Erklärung und Auslegung derselben hingenommen werden soll, als das erste Wort Oesterreichs zu betrachten! Statt diesen schreienden Widerspruch anzuerkennen, gibt er sich Mühe, Gagern einen Widerspruch mit sich selbst nachzuweisen, weil er zuerst Oesterreich als aus der Neugestaltung Deutschlands ausgeschlossen betrachtet, nachher aber erklärt habe, nicht von einer Ausscheidung Oesterreichs aus dem bisherigen Verbands sei die Rede, sondern die Theilnahme desselben an den deutschen Angelegenheiten, wie sie durch die Bundesacte bestimmt werde, sei das Wenigste, wovon es sich handle und wovon die Unterhandlung ausgehen müsse. — Das erstere hat Gagern nie in der Art, wie es ihm hier ausgelegt wird, sondern nur in dem Sinne gesagt, daß Oesterreich unter denselben Bedingungen, wie die rein deutschen Staaten, in die neue Gestaltung Deutschlands als Bundesstaat nicht eintreten könne. Eben darum, daß Oesterreich nicht ganz ausgeschlossen werde, da es nicht ganz eintreten könne, hat er sich gegen jene §§ ausgesprochen. Damit ist seine spätere Erklärung, wie jeder Unbefangene sieht, vollkommen im Einklang. — Der Correspondent ergreift nun aber begierig die zweite Erklärung Gagerns, um daraus die Folgerung heraus-

zupressen: „damit sei die Hegemonie von Oesterreich in Deutschland auch für die Zukunft begriffen, da Oesterreich, wie man nicht vergessen sollte, in Frankfurt bei der Bundesversammlung das Präsidium, d. h. die Führung des Bundes gehabt habe, und daher mit vollem Recht sich nicht daraus verdrängen lassen werde.“ Wir machen zuerst den Correspondent darauf aufmerksam, daß Gagern zunächst das im Auge hatte, wie eng oder weit das Verhältniß Oesterreichs zum übrigen Deutschland sich gestalten sollte, und daß dies nicht identisch ist mit der Frage der Ueber- oder Unterordnung der Hegemonie. Aber wenn auch Gagern sogar dies hätte aussprechen wollen, so ergibt daraus noch gar nicht die von dem Correspondent begierig gezogene Folgerung: die Ausschließung Preußens von der Hegemonie. Er behauptet, nicht begreifen zu können, wie mit jenem Zugeständniß die preussische Hegemonie vereinbarlich sei, obgleich ihm die Vorschläge einsichtsvoller und umsichtiger Mitarbeiter der „Frankf. Ztg.“ die Idee doch als einiger Erwägung werth hätten erscheinen lassen dürfen. Bekanntlich gehen diese Vorschläge dahin, daß Preußen die Hegemonie des gesammten außerösterreichischen Deutschlands, des deutschen Bundesstaats übernehme, daß aber mit diesem das deutsche Oesterreich zu einem Staatenbund zusammenetrete und in der dies Verhältniß verwirklichenden und repräsentirenden Behörde Oesterreich den Vorsitz führe, Oesterreich, welches zugleich als europäische, außerdeutsche Macht mit Deutschland durch ein möglichst enges völkerrechtliches Band verknüpft werden solle. Mag dies Verhältniß auch verwickelt sein, — die Dinge selbst sind es, und wenn nicht eine gewaltsame Lösung eintritt, so läßt sich die Sache nicht so einfach schlichten, als man wünschen möchte. Die Vortheile dieser Lösung sind die, daß die der Natur der Verhältnisse selbst entsprechenden billigen Ansprüche Oesterreichs und Preußens, daß die Bedürfnisse und Wünsche Deutschlands befriedigt werden. Deutschland wird ein Bundesstaat, dem auch diejenigen Theile, welche nicht in diesen Organismus eintreten können, mindestens so eng als bisher verbunden und geeinigt bleiben, — ein Bundesstaat mit einer Gesetzgebung, mit einem Zoll- und Handelsystem, mit einer Vertretung nach Außen und einem Heerwesen. An die Spitze dieses deutschen Bundesstaates tritt der mächtigste rein deutsche Staat, Preußen, welcher in mehr als hundertjähriger Entwicklung dieser Bestimmung entgegenwuchs, das erst hierdurch zu einer europäischen Macht wird, aber um Deutschland gerecht zu werden, den specifisch preussischen Charakter zum deutschen steigert, ihn darin aufgehen lassen muß. Oesterreich bleibt in seiner vollen Integrität als europäische Macht und hat im deutschen Bunde, als dem weiteren Verbands, nach Verhältniß seiner deutschen Elemente mitzusprechen, hat an Deutschland einen durch tausend Interessen an sich gebundenen Bundesgenossen und Rückhalt, muß aber allerdings der bisherigen Stelle entgehen: Deutschlands Geschichte nach seinen dynastischen oder Reichsbedürfnissen und Interessen zu lenken. — Der Correspondent freilich meint es anders: Oesterreich müsse die Oberleitung aller deutschen Interessen bekommen! Ueber die Vertretung nach Außen aber geht er mit einer theils unklaren, theils sehr bedenklichen, kurzen Aeußerung flüchtig weg: „Ueber die Vertretung nach Außen ist mit Preußen so gut wie mit Oesterreich eine Vereinbarung nothwendig, und behält sich Oesterreich für die Vertretung der Südländer die Initiative vor, wie es gethan hat, so fällt die für die Nordländer flüchtig an Preußen.“ — Daß wir Deutsche an Oesterreich, die europäische Macht, nicht die Vertretung unserer Interessen nach Außen abgeben können, das leuchtet wohl auch dem Beschränktesten ein; eben so auch, daß Preußen natur- und vernunftgemäß nicht zu Gunsten Oesterreichs aufhören kann, eine europäische Macht zu sein. Auch der Correspondent scheint das zu fühlen — und so rückt er denn in aller Naivetät mit dem nackten Vorschlag des alten, zum Fluch für Deutschland gewordenen Dualismus hervor, mit dem Vorschlag einer Theilung Deutschlands zwischen Oesterreich und Preußen — dem geraden Gegentheil vom Traktat des Reichsverwerfers! Damit nur nicht Preußen sich mit dem übrigen Deutschland zu einem statischen Körper vereinige, der in vielen Beziehungen auch für den deutschen Oesterreicher als nationaler Mittelpunkt gelten könnte, soll Deutschland den beiden Mächten untergeordnet, von ihnen verschlungen werden. Weil kein Großdeutschland möglich ist, verwirft man höhnisch die Gründung eines „Kleindeutschland“, und endigt mit dem Rufe: „Kein Deutschland!“

3. Stuttgart, 13. Febr. Der Abg. Meyser leitete seinen in der zweiten Kammer angekündigten Antrag mit folgenden Worten ein: Die Schwaben hatten einst das Vorrecht, als die ersten im Reich zu streiten. Wenn auch dieses Vorrecht heut zu Tage nicht mehr geltend gemacht wird, und die württembergische Kammer die letzte der jetzt versammelten Ständekammern ist, welche sich über das deutsche Verfassungswerk ausspricht, so ist der Grund doch nicht darin zu suchen, als ob uns etwa das Herz für die deutsche Sache abhanden gekommen wäre, oder der Muth, sie zu vertheidigen. Der Grund liegt vielmehr darin, daß diese Kammer schon in der Antwortadresse ihre unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung ausgedrückt hat. Wenn ich dennoch eine Erklärung dieser Kammer beantrage, so veranlassen mich hierzu die Noten der preussischen und der österreichischen Regierung vom 23. Jan. und 4. Febr., worin das Vereinbarungsprincip in Anspruch genommen wird, nur mit dem Unterschied, daß Preußen die Vereinbarung dem Endbeschlusse der Nationalversammlung vorausgehen lassen will, während Oesterreich seine Erklärung über die zu wählende neue Verfassung bis zu dem Zeitpunkt aufschiebt, wo die Verfassung in Frankfurt beschlossen sein wird. Ferner stimmen beide Noten darin überein, daß Preußen wie Oesterreich den deutschen Bund als rechtlich fortbestehend betrachten, nur wieder mit der Unterscheidung, daß jenes die Selbstconformation Deutschlands auf einer neuen Grundlage zugiebt, während Oesterreich gegen den beabsichtigten Bun-

bestaat unter Berufung auf die europäischen Verträge protestirt und nur von der kaisersweisen Fortentwicklung des Bundes und zwar auf der breitesten Grundlage, mit Einschluß der außerdeutschen Länder Oesterreichs, das Heil für Oesterreich und das Heil für Deutschland erwartet. Der Antrag lautet nun: die Kammer möge zu Protocoll erklären, 1) daß sie nur in der festen Vereinigung aller auch der österreichisch-deutschen Bruderstämme zu einem verfassungsmäßig gegliederten Bundesstaat die Einheit des Gesamt Vaterlandes und die Freiheit und Wohlfahrt der einzelnen Stämme gesichert halte, 2) daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke gewählten deutschen Nat.-Vers. zu überlassen sei, 3) daß die Kammer das Vertrauen zu der Nat.-Vers. hege, sie werde unbeirrt durch die entgegenstehenden Erklärungen einzelner Regierungen das große Werk der Nationalvereinigung auf dem betretenen Wege zum Ziele führen. Der Antragsteller schloß mit den Worten: Es herrscht die Sage unter dem Volke, daß ein wichtiger Schlag in hundert Jahren nur einmal in einer gewissen Stunde gehoben werden kann. Wird diese versäumt, so versenkt sich wieder der Hort tief in die Erde. In diesem Fall sind wir mit dem deutschen Horte, dem Schatz der lang erwarteten deutschen Einheit. Wird die rechte Stunde versäumt, so hat unser Volk für lange Zeit vergeblich gehofft, vielleicht für immer. Die Jhrn. v. Hornstein, v. Linden und Prälat Mehring erklärten sich gegen die alsbaldige Beratung des Antrags, welche letztere Behandlung auch nicht die vorschristsmäßige Zahl von 2/3 der Stimmen für sich erhielt, so daß die Verweisung an die staatsrechtliche Commission beschlossen wurde, deren Berichterstatter Seeger den dafür stimmenden 21 Mitgliedern den von diesen zurückgewiesenen Vorwurf der Geschäftsverschleppung machte. — Bei Beratung des Etats des Kriegsdepartements kam Seeger darauf, daß die wegen der Vorfälle im Wirthshaus zum Schiff in Ulm bestraften militärischen Verbrecher statt in den Gefängniswagen in den gewöhnlichen Personenwagen der Eisenbahnverwaltung auf den Strafplatz transportirt worden seien, und fügte hinzu, man hätte sie noch besser in die erste Rangklasse zu ihren hohen Gönnern setzen sollen, worauf Staatsrath Römer zeigte, wie sehr diese Sache, in welcher die Regierung nur die vollste Wahrheit wolle, von der Presse und in Volksvereinen als Agitationsmittel benützt und ohne alle Actenkenntnis die Maßregeln der Regierung zu verdächtigen gesucht worden seien, wie man dem unbedeutendsten Umstand, z. B. einer Beisteuer für die Bestrafen, Unterstellungen unterlegt habe, während man andererseits für die meuterischen Soldaten in Heilbronn viermal mehr gesammelt habe, auch von Abgeordneten selbst, ohne daß darin jemand eine Begünstigung der Meuterei erblickt. Zugleich sagt er wiederholt der Kammer die Acteneinsicht in den ganzen Proceß zu, jedoch nicht als ein Recht der Kammer, sondern nur als eine Gefälligkeit der Regierung gegen die Kammer, gemacht im Interesse der Wahrheit und des Publikums. — Wolf stellt den Antrag, sämtlichen Generalen und Obersten der Meuterei nur drei, und allen übrigen Offizieren, deren Dienst zu Pferd versehen wird, nur zwei Pferderationen zu bewilligen, wodurch, wie Ples berechnet, eine weitere Ersparnis von jährlichen 10,000 fl. sich ergeben sollte. Director Hölder führte dagegen aus, daß unter den acht Armeecorps bildenden Staaten die gleiche Uebereinkunft wegen der Rationen getroffen worden und jetzt gewiß nicht der Zeitpunkt sei, bei uns unverdiente Abzüge zu machen; auch Staatsrath Römer kann dem Antrag kein Gewicht beilegen, indem bei der bevorstehenden Organisation des deutschen Heerwesens das Reich auch die Rationen vorschreiben und einem General gewiß nicht als drei geben werde. Zudem machte der Antrag gar keinen Unterschied zwischen Krieg und Frieden, zwischen Infanterie und Cavallerie, und nahm keinen Bedacht auf die Gradation der Offiziere, weshalb er mit 40 gegen 29 Stimmen verworfen, jedoch auf das Verlangen Holzingers der Finanzcommission nachträglich aufgegeben wurde, zu prüfen, ob bei den Rationen Ersparnisse eintreten können, und ob Offiziere auch Rationen erhalten können für Pferde, die sie nicht halten. — Ein großer Wetteifer, namentlich unter den oberbayerischen Abgeordneten, erhob sich im weiteren Verlauf darüber, daß jeder eine Garnison in seinem Bezirk haben wollte, welcher Wunsch durch die zu erhöhende Mannschafszahl, wenigstens einigen Städten, sich erfüllen mag. Die technischen Abtheilungen des Arsenal verlangen 60,100 fl., der Aufwand für Waffen beträgt 14,000 fl., Munition 26,300 fl., große Montirung 99,100 fl., Remontirung 32,264 fl., der Bedarf für Haber, Heu und Stroh 290,249 fl., Quartiervergütungen 12,000 fl., Landinvalidengeld 66,000 fl., Militärordenspenfionen 35,014 fl., Militärsparschatz 13,000 fl., der Dispositionsfonds 5000 fl. In vier Sitzungen wurde der Etat des Kriegsdepartements beendet, an welchem durch die laubständische Beratung die Summe von etwa 50,000 fl. meist mit Zustimmung des Kriegsministers ermäßigt worden ist; auf den einstimmig angenommenen Antrag des Freiherrn v. Wöllwarth wurde an die Regierung die Bitte angefügt: das allgemeine Wehrgesetz thunlichst bald einzubringen und bei der Centralgewalt dahin zu wirken, daß jede mit dem Zwecke zu vereinbarende Erleichterung hinsichtlich des erhöhten Präsenzstandes gestattet werden möge, insbesondere daß nur 1/10 der Reiterei aufgestellt werden dürfe.

Ungarn.

Aus Debreczin hat der „Figyelmező“ durch einen glücklich entronnenen Oberoffizier neuere Mittheilungen über die dortigen Zustände erhalten. Dieselben bestätigen vollkommen die dort herrschende Aheuerung. Besonders die Miethzinse sind so hoch gestiegen, daß ein kleines Monatsquartier 50–60 fl. C. M. kostet. Die Masse des Papiergeldes wächst daselbst schrecklich an. Denn nicht nur sind die von hier mitgenommenen 20,000 Bogen Fünfer und Hunderbanoten schon verbraucht, sondern man setzt bereits die weitere Fabrication fleißig fort, so daß auch endlich das ganze Papier ausgegangen ist, woraus bisher Noten gemacht wurden. Nun werden schon Dreißigkreuzer-

Stücke aus ordinärem Papier verfertigt. — Ein Theil der schon durch das Manifest vom 3. Oct. heimgeschickten Repräsentanten hält noch fortwährend Sitzungen, und beschließt, was Kossuth dictirt. Doch lichten sich auch ihre Reihen bedeutend, denn von mehr als 200, die von Pest nach Debreczin sich retteten, sind kaum mehr 100 übrig geblieben, und die übrigen haben sich Einer nach dem Andern aus dem Staube gemacht. — Von dem Rumpfparlament ist die Unterwerfungsfrage schon zweimal in Vorschlag gebracht worden. Der Motionssteller hat nach dargelegter Demonstration von der Erfolglosigkeit jedes weiteren Widerstandes, Namensabstimmung verlangt, doch fiel Kossuth in die Rede, und befahl die Abstimmung durch Aufstehen an; so wurde die Motion beide Male verworfen. — Kossuth setzt seine Kriegstatistik fort, wie er sie begonnen. Er legt lauter großartige Siege vor, und streut allenthalben incendiärische Proclamationen aus, in welchen er bei Himmel und Erde schwört, nicht gegen den König revoltirt zu haben, sondern daß vielmehr Jene die Rebellen seien, die zur Wiederherstellung der königlichen Macht und des Friedens gegen ihn auf des Königs Befehl in den Krieg ziehen. Er flacht immerwährend das Volk zur Erhebung und zum Widerstande, zu Brand und Verwüstung auf, damit die königlichen Truppen keine Nahrung finden sollen. — Dem hat zwanzigtausend Sättel verlangt, und so läßt Kossuth von allen Einwohnern in der Runde Sättel sammeln. — Die Insurgenten, nun an Zahl beträchtlich genug, sind längs der Theiß bei Nakomaz, Polgar und E. Jüred aufgestellt, ein Theil von ihnen ist bewaffnet, der Andere aber vollkommen gerüstet — zur Flucht. Uebrigens hat das Volk in Debreczin und Umgegend und längs der Theiß überall nur Einen Wunsch, nämlich den Frieden, und das es sobald als möglich von diesen verwüstenden Heuschrecken befreit würde.

Agram, 6. Febr. Nachrichten, die gestern Abend aus Esseg einliefen, melden, daß sich die Festung noch in den Händen der Magyaren befinde. Batthiany wagte einen Ausfall auf die obere Stadt, wurde aber nach einem kurzen Gefechte zurückgedrängt, worauf er das Bombardement wieder eröffnete. Die Bürger der oberen Stadt schickten eine Deputation in die Festung mit der Bitte, das Beschießen der Häuser einzustellen, Batthiany wollte sich aber nicht bereden lassen und das Bombardement wurde nur noch heftiger. Wie verlautet, haben die kaiserlichen Truppen das nöthige Belagerungsgeschütz und Raketen bereits erhalten und somit dürfte sich die Festung kaum einige Tage noch halten. Da der Besatzung der Rückzug nach Ungarn durch das Nugent'sche Corps abgeschnitten ist, so ist an eine Rettung des Festungscommandanten Casimir Batthiany schwer zu denken. Die Militärbehörde soll gesonnen sein, ihn mit der ganzen Strenge der Kriegesgesetze behandeln zu lassen.

Italien.

Gegen die Schweizer ist in ganz Italien die längst herrschende feindselige Stimmung zum wüthenden Haß ausgewachsen. Die Hilfe, die sie dem Despotismus in Neapel und Sicilien geleistet, die fortwährenden neuen Werbungen für gleiche Dienste, ihre Stellung in Bologna und Rom, die strengen Verfügungen der Bundesbehörden gegen die italienischen Flüchtlinge in Tessin, alles das hat den schweizerischen Namen in der Halbinsel zum Gegenstand der furchtbarsten Anklagen gemacht. In Livorno, Genua, Venedig u. verlangt man Einstellung der Werbungen für den neapolitanischen Söldnerdienst, widrigenfalls man droht, gegen alle Schweizer zu thun, was Radetzky gegen die Tessiner gethan: sie von Haus und Hof zu treiben und vom italienischen Boden zu verbannen.

Rom, 6. Febr. Gestern ist die römische Nationalversammlung vom Minister des Innern feierlich eröffnet worden. Von etwa 200 Deputirten sollen bereits 140 anwesend gewesen sein. In der Eröffnungsrede soll auf die Unverträglichkeit der zeitlichen und geistlichen Herrschaft hingewiesen worden sein.

Die „Schweiz. Ztg.“ berichtet als Neuestes: Die zwei Schweizerregimenter sind von der provisorischen Regierung in Rom entlassen worden, nachdem sie sich geweigert hatten, in ihre Dienste zu treten.

Frankreich.

K Paris, 12. Febr. Die Nationalversammlung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der Beratung über die Reform des Gerichtswesens. Die Debatte wurde auf kurze Zeit durch eine Interpellation unterbrochen, welche Coralli wegen der von dem Marschall Bugeaud in Bourges und Lyon gehaltenen Reden an das Ministerium richtete. Odilon Barrot antwortete hierauf, daß das Ministerium diese Reden nur aus den Berichten der Zeitungen kenne, sie könnten ihm nicht zu amtlichen Mittheilungen Anlaß geben. Uebrigens hätte sich in den erwähnten Reden die lebhafteste Gesinnung für Ordnung, für Vertheidigung der Rechte und Interessen Aller, für den nationalen Ruhm auf das Lebhafteste ausgesprochen. Wer solche Gefühle mißbilligt, der breche im Angeficht des ganzen Landes selbst den Stab über sich. Nachdem noch Emanuel Arago den Marschall gleichfalls angegriffen und General Bédouin denselben gegen alle diese Angriffe vertheidigt hatte, wurde über einen von Coralli gestellten Antrag, das Verfahren des Marschalls einer Rüge zu unterwerfen, mit 397 gegen 286 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen.

In Folge der gegen mehrere deutsche Demokraten verfügten Maßregeln hat der deutsche Verein beschlossen, einen Aufruf an sämtliche hier lebende Demokraten aller Nationen zu erlassen, um mit ihnen bei der Nationalversammlung auf Abschaffung oder wenigstens Milderung der Vendémiaire-Gesetzgebung zu petitioniren.

Die Nationalgarde in Cette ist wegen der neulich daselbst stattgehabten Unruhen auf Befehl des Ministers aufgelöst und der Maire der Stadt von seinem Amte entsetzt worden.

Drouin de Lhuys, der Minister des Auswärtigen, hat dem Repräsentanten der römischen Regierung in Paris, Herrn Camili, erklärt, daß Frankreich sich entschlossen hat, von jeder Intervention in Rom abzusehen, aber zur Her-

beiführung einer friedlichen Ausgleichung seine Dienst anzubieten sehr gern geneigt ist.

Spanien.

J Madrid, 6. Febr. Die Deputirtenkammer hat heute die Discussion betreffs der Eisenbahn nach Langreno begonnen. Im Finanzministerium beschäftigt man sich damit, die Redaction des Budgets, welches in kurzer Zeit fertig sein muß, zu beenden. Von einer Ministerkrisis verlautet jetzt nicht mehr viel.

Nachricht.

Se. kais. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser waren diese Nacht öfter, aber von einem minder anstrengenden Husten im Schlafe gestört. Das Befinden des gesegneten Tags war übrigens befriedigend.

Frankfurt a. M., 15 Februar 1849.

Dr. Taubes, kaiserlicher Rath.

Δ Frankfurt, 14. Febr. Daß, wie die „Frankf. Zeit.“ meldet, in reichsministeriellen Antwortschreiben der Name des Reichsverwesers ohne dessen Willen gebraucht worden sei, ist eine Lüge. Nur dieses hohen Namens wegen soll dies hier berichtet werden. Sonstige Verdächtigungen des Reichsministeriums oder einzelner Mitglieder derselben werden keiner Widerlegung gewürdigt.

München, 12. Febr. Die Adresse der Kammer der Abgeordneten ist gestern Sr. Maj. dem Könige nach Nymphenburg übersendet worden, nachdem derselbe auf die Meldung der Deputation zur Uebergabe derselben hatte erwiedern lassen, daß er dieselbe nicht nach Nymphenburg zur persönlichen Uebergabe bemühen wolle, und deshalb der Uebersendung entgegen sehe. (R. M. 3.)

Noch bis zu diesem Augenblick, 9 Uhr Abends, kann ich Ihnen keine sichere Mittheilung über eine etwaige Ministercombination machen, denn diejenige, welche seit dem frühen Morgen als in Aussicht stehend bezeichnet wird, beruht bis zu dem gegenwärtigen Augenblicke auf nichts mehr als einer Vermuthung. v. Weisshaupt, Ringelmann, v. Hermann, Graf Giech sind die bezeichneten Männer; allein aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß eine solche Zusammensetzung des Gesamtministeriums noch nicht in Anregung gekommen ist. — Die nächste Sitzung der Kammer ist noch nicht anberaumt, doch glaubt man allgemein, daß ihr eine Botschaft der Vertagung zukommen dürfte und zwar auf kürzere oder längere Dauer, je nachdem es gelingen dürfte mit der Bildung eines Gesamtministeriums. (A. 3.)

Börsenberichte.

Δ Frankfurt, 14. Febr. Oesterreichische Fonds auch heute wegen Mangel an neuen Käufern etwas matter Haltung. 5pCt. Metall. bleiben 75 pCt., 2 1/2 pCt. 39 3/4 pCt. G., in Wiener Bankactien nichts gethan, 500 fl. Loose 127 pCt. G., 250 fl. Loose 80 1/2 pCt. Alle übrigen Anleiensloose beliebt: Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27 1/2 Rthlr., Badische 35 fl. Loose 28 1/2 fl. G., Darmstädter 25 fl. Loose 25 fl., do. 50 fl. Loose 70 1/2 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20 1/2 fl., Gardinische Loose 27 3/4 fl., Pöln. 500 fl. Loose 75 Rthlr. Alle süddeutsche Obligationen gut preishaltend. Belgische Obligationen sehr gefragt, namentlich gegen Schluß der Börse: 2 1/2 pCt. bleiben 42 7/8, 4 1/2 pCt. do. 81 3/4, 8 1/2 pCt. do. 88 3/4. Holl. 2 1/2 pCt. Integ. 49 1/2 pCt. G. Von Eisenbahnen stellte sich Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38 Rthlr., Verbach 71 1/8 pCt., Köln-Minden 79 1/8, Taunus begehrt: 286 fl. In spanischen Papieren herrschte wieder viel Leben, das Augenmerk der Speculation bleibt augenblicklich hier, sowohl wie an allen fremden Börsen auf benannte Fonds gerichtet, zahlreiche Ankäufe die heute wieder besonders in 3pCt. inländ. Schuld gesehen, hoben den Cours derselben auf 22 à 22 1/2 pCt. 5pCt. Ardoin's bleiben 16 1/2 pCt. G. Der Handel darin ist wegen Mangel an geeigneten Abgaben von keinem Belang. Von Wechseln Wiener etwas flauer 106 3/4, Hamburg gefugter 88 3/8, G., kurz London 120 7/8, Paris 95 1/8, Amsterdam 100 1/2. Abends in der Effectensocietät blieben 3pCt. inl. Span. 21 1/2 pCt. G.

Wien, 10. Febr. 5pCt. Metall. 84 1/8, 3/4. — 4pCt. 66. — 3pCt. —. — 2 1/2 pCt. 44 3/4. — Bankactien 1100. — 500 fl. Loose 145. — 250 fl. Loose 90 1/2. — Nordbahnactien 99 1/2. — Ologonitzer 96. — Mailänder 67.

Die höhern Pariser Course machten keinen Eindruck und die Börse blieb ohne viel Leben.

Berlin, 13. Febr. Staatsschuldsscheine 80 1/4 bez. u. Br., See-handlungs-Prämien 98 1/2, etw. bez., Bankactien 90 1/2 bez. (ohne Divid.), Berlin-Hamb. 59 1/2 Br., Köln-Minden 78 3/4 u. 3/8 bez., Friedr.-Wilh.-Nordb. 38 bis 37 3/4 bez., Rheinische 51 bez., Thüringische 50 1/2 G., Russ. 4pCt. bei Stütz 38 1/2 G., Pöln. 500 fl. Loose 75 1/2 bez., Ende 75 Br., ditto 300 fl. Loose 103 1/2 etw. bez., Kurhess. Prämien 40 Rthlr. 27 1/3, Neue Bad. Anleihe à 35 fl. 16 5/8 u. 1/2 bez. und Br.

Die Stimmung war heute im Allgemeinen matter, und die Course mehrerer Fonds und Eisenbahnactien ein wenig billiger, dagegen wurden einige Prioritäten noch etwas besser bezahlt; das Geschäft blieb ziemlich lebhaft. Die Wechselnotirungen erhielten sich unverändert.

Amsterdam, 12. Febr., 4 Uhr. 2 1/2 pCt. Integ. 49 5/16, 5/8, 9/16. — 3pCt. Schuld 58 1/2, 3/8. — 4pCt. 77 1/2, 1/2, 3/8. — 5pCt. Ard. 12, 11 13/16. — do. à 510 Pf. St. 12, 11 15/16. — 3pCt. 31 1/4. — do. inl. à 6000 fl. 21 1/16, 9/16. — Coupons 8 5/16, 7/8. — Franz. ausgel. Ransen 3 1/2. — 5pCt. Metall. 72. — 2 1/2 pCt. do. 38 1/4, 1/16, 1/8.

In unfern inländ. Fonds war heute keine nennenswerthe Variation. In Integ. und 4pCt. war der Handel lebendig. Die Stimmung in spanischen Fonds war wiederum sehr willig, in Folge der höheren angekommenen Course von London von vorgestern. Von den übrigen fremden Effecten war nichts besonders zu melden.

Madrid, 6. Febr. 3pCt. 21 3/4 comptant, n. d. B. 21 11/16. Gelb. — 5pCt. 10 1/8 G.

Paris, 12. Febr. Stand der Rente: 5pCt. 79. 55. — 3pCt. 48. 10. — Neue 79. 55. — Neap. 79. — Neue 3pCt. Span. 29 3/4. Innere Schuld 21 3/4 G. — Bankactien 1800. — Versailles, rechtes Ufer 152. 50. — Linkes Ufer 141. 25. — Paris-Orleans 755. — Paris-Rouen 468. 75. — Orleans-Bordeaux 405. — Orleans-Berjon 280. — Rouen-Pavre 253. 75. — Marseille-Avignon 177. 50. — Strasbourg-Basel 280. — Nordbahn 413. 75. — Paris-Strasbourg 341. 25.

Im Anfang gingen die Course etwas zurück, stiegen aber rasch wieder, da die Rente sehr begehrt war. Der Umsatz bedeutend.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Malten.

Versteigerung

der **Paul Leplay'schen Bibliothek in Leipzig.**

Vom 22. März d. J. an.

Dieselbe gehört zu den reichhaltigsten und kostbarsten Privat-Bibliotheken, vorzugsweise im rechtswissenschaftlichen Fach. — Kataloge sind in sämtlichen Antiquariatsbuchhandlungen zu haben.

Leipzig, 18. Januar 1849.

[334]

Dr. Gelbke, requir. Notar.

[421] Verkauf von Autographen.

Eine ausgewählte Sammlung von Autographen alter und neuer Zeit, namentlich aus dem 30jährigen Kriege, steht im Ganzen oder auch im Einzelnen zu verkaufen.

Adresse unter Nr. 341 in der Expedition dieser Zeitung.

[402] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (durch Gebhard und Köber, Buchgasse Nr. 6 in Frankfurt) zu beziehen:

J. Sporschl,

Geschichte der Deutschen

von den

ältesten Zeiten bis auf unfre Tage.

Mit 1 Stahlstich und mehr als 100 Holzschnitten.

18 u. 26 Hest. Per. 8. Velinpap. à 24 Kr. oder 6 gr.

Wenn je eine Zeit ernste Mahnung an die Vergangenheit bedurfte, so ist es die unsrige, in welcher die ganze Verfassung, ja alle Geschichte des gemeinsamen deutschen Vaterlandes neu gestaltet werden. Es dürfte daher zu keiner Zeit das Erscheinen einer Geschichte der Deutschen so im rechten Augenblicke eintreten, als das dieser Geschichte, in welcher zwar den Großthaten der Altvordern die gebührende lebendige Schilderung geworden, aber auch klar nachgewiesen ist, wie vom Anfange an bis herab in die Gegenwart die Keime der Uneinigkeit ausgebreitet und großgezogen worden sind. Es lehrt daher diese Geschichte der Deutschen: Nachsehn in gleichem Grade wie Vermeiden, hält sich vom Vergöttern gleich fern wie vom Verleugern, und darf daher ein Rationalwerk genannt werden, wie unsere Zeit es bedarf. — Das ganze Manuscript liegt druckfertig vor, alle 2 bis 3 Wochen erscheint eine Lieferung, deren es in Allem 16 bis 20 werden.

[413] Im Verlage von W. Mayer in Nassau ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Zur Verarmungsfrage, mit besonderer Berücksichtigung des Großherzogthums Baden, von D. Abegg, badischem Domainenrath. Preis 24 Kr.

Diese Schrift führt die Mittel, der Verarmung entgegen zu treten, auf Prinzipien zurück, die eben so naturgemäß aufgefaßt, als aus statistischen Nachrichten auf originelle Weise durchgeführt sind. Sie ist eine durchaus neue Erscheinung in der Literatur.

[395] Eben ist eingetroffen:

Guizot, de la Democratie en France.

Bruxelles. 8. hoch. 18 Kreuzer.

Joseph Baer, Zeit 5, der Schäfergasse gegenüber.

[347] Bei Peter Heinr. Schulz in Aachen sind erschienen und in der J. D. Sauerländer'schen Sortimentsbuchhandlung in Frankfurt am Main zu haben:

Die Arbeiterfrage.

Abhandlungen in Briefen.

Aus dem Französischen

des

Michel Chevalier.

Deutsch von Franz Hauser.

Preis 1 fl. 12 Kr.

Diese Schrift beleuchtet die jetzt so hervorragende Zeitfrage vom philosophischen und praktischen Standpunkte. Ihr Ziel ist, zu beweisen, daß die Hebung des Elendes der Gegenwart nicht im Unsinne der bestehenden Industrie und Arbeitshätigkeit, im Gegentheil, in deren energischer Fortführung zu suchen sei. Was der Verfasser in Bezug auf Frankreich zunächst ausspricht, daß dieser Staat nicht zu viel, sondern noch viel zu wenig produziere, gilt gleich treffend für fast alle civilisirten Länder der Erde.

Beiträge zur Besprechung

über das

Wohl der ärmern Volksklassen.

Die

jetzige Bewegung

gegenüber dem

historischen Recht.

Zwei Abhandlungen.

Preis 21 Kr.

Besprechung

über

das Wohl der ärmern Volksklassen.

Zweiter und dritter Aufsatz.

Preis 18 Kr.

Methodisches Lesebuch

für

Kinder in Volksschulen.

Von

Joh. Vet. Schleheck,

Lehrer in Schwetzer.

2 Theile.

Preis 1 fl. 3 Kr.

[385] Frische Turbott,

„ Elbott,

„ Sales,

„ Aukern,

„ Trüffeln

bei **Milani-Minoprio,**

Heiner Pfischgraben 3.

Deines Politisches Wörterbuch.

Ein Rathgeber

für den Bürger und Landmann.

Preis 12 Kr.

Partiepreis: 30 Expl. 2 fl. 10 Kr., 100 Expl. 6 fl. 10 Kr. Dieses Schriftchen enthält nicht bloße Worterklärungen, vielmehr gründliche Belehrungen über Gegenstände und Begriffe des heutigen politischen Kampfes.

Les cinq Codes.

Mit gegenübersetzender deutscher Uebersetzung

von

einem praktischen Juristen.

Herausgegeben

von

Johann Gramer.

Preis 2 fl. 6 Kr.

Die

fünf französischen

Gesetzbücher.

Neu übersezt

von

einem praktischen Juristen.

Herausgegeben

von

Johann Gramer.

Stereotypausgabe. Preis 1 fl. 12 Kr.

Sachregister zu den fünf französischen Gesetzbüchern.

Von einem praktischen Juristen. Herausgegeben von

Johann Gramer. Preis 54 Kr.

Sammlung von Gesetzen und Verordnungen, welche

die fünf französischen Gesetzbücher modificiren, oder

außer denselben in den Rheinprovinzen gelten etc.

Preis 1 fl. 12 Kr.

Zusammenstellung sämtlicher Paralleltitellen der

fünf französischen Gesetzbücher etc. Preis 36 Kr.

Die Civilstandsgesetze in der Rheinprovinz. Zu-

sammengestellt von F. Philippi. Preis 1 fl. 48 Kr.

Der Brustteig von Georges in Cinal, wofür der-

selbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne

und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes

und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen

deutschen Städten und hier nur allein in dem Haupt-

depot bei Herrn Conditor Schott, große Sand-

gasse, zu haben.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Bekanntmachung.

Auf Ansuchen wird Folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Frankfurt a. M., den 13. Februar 1849.

Regneiz- und Renten-Amt.

Notice to Mariners.

PILOT-BOATS.

TRINITY-HOUSE, LONDON,

6th February, 1849.

Notice is hereby Given.

That on and after the night of the 1st of march next, ALL PILOT BOATS in the service of the Pilots licensed by this corporation, will be DISTINGUISHED in the manner hereinafter described, viz:—

Pilot Boats in the service of the said Pilots, at the several ports in the English channel,—on the east coast of England,—and in the River Thames,—

By a green light at the mast-head, and in addition thereto by a flare-up-light shown at intervals of 15 minutes.

Pilot boats in the service of the said Pilots, at the several ports in the Bristol and St. George's Channels,—

By a white light at the mast-head, and a flare-up-light at intervals of 15 minutes.

By Order,

J. HERBERT, Sec.

[394] Der zu Bremen am Domshof belegene Gasthof „Stadt Frankfurt“ ist unter der Hand mit dem sogenannten Mobilar und Wirtschaftsinventarium zu verkaufen.

Der besagte Gasthof enthält einen Flächenraum von circa 16,000 Quadratfuß, hat 109 Fuß Fronte nach dem Domshofe, dem größten und besuchtesten freien Plage in der Stadt, und circa 80 Fuß Fronte an der Bischofsinsel und besteht aus zwei aneinander stoßenden großen massiven Gebäuden.

Das eine derselben ist vier Etagen hoch und enthält unter andern 50 Zimmer, 1 Speisesaal und 1 Restaurationsaal. Das andere enthält 9 Zimmer und eine große Küche.

Außerdem sind in letzterem Hause zwei Läden, die bis jetzt jährlich eine Miete von über 700 Rthlr. einbringen.

Hinter diesen beiden Hauptgebäuden befindet sich ein Garten, circa 3700 Quadratfuß groß, und ein Hintergebäude mit separatem Ausgang nach der Herrnhofsstraße, und enthält 7 Zimmer, Stallung für 9 Pferde, Remise für 14 Wagen, Kuh- und Schweinestall, Joutageboden u. s. w.

Sämmtliche Baulichkeiten sind im besten Zustande und gehört der Gasthof unbedenklich zu den größten und prächtigsten der Stadt.

Etwaigen Reflektanten genauere Auskunft darüber zu geben sind gern bereit.

Bremen, den 9. Februar 1849.

L. v. Kayß & Co. und

Fischer & Sohn.

Das Möbelmagazin

des Unterzeichneten ist wieder auf das vollständigste assortirt und es können die einfachsten Garnituren sowohl als die reichsten beständig vorräthig ausgeführt werden.

Franz Stiebel,

[281] Fischerfeldstraße A 11 neu.

[220]

Dachschiefergrube

Wilhelm Erbstellen zu Taub am Rhein.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß unser Dachschiefersteinlager auf's vollständigste assortirt ist und wir durch den ausgedehnten Betrieb unserer Grube in den Stand gesetzt sind, Befestigungen von jedem beliebigen Quantum der verschiedenen Schieferstein-Sorten auszuführen. Preise, sowie die näheren Verkaufsbedingungen theilt auf Verlangen der unterzeichnete Verwalter mit.

Taub, 23. Januar 1849.

Die Gewerkschaft des Wilhelm Erbstellens.

In deren Auftrag: der Verwalter **Jobel.**

[275]

Bekanntmachung.

Bei der nahe bevorstehenden gänzlichen Beendigung des neuerbauten Kurhauses zu Soden werden diejenigen Personen, welche zum Wirtschaftsbetriebe in demselben Lust tragen, und sich über ihre Befähigung und hinreichendes Vermögen ausweisen können, hierdurch eingeladen, sich bis zum 15. März l. J. bei unterzeichnetem Vorstand in portofreien Briefen anzumelden und über ihre Befähigung und Vermögen glaubhafte Atteste beizufügen.

Soden, am 10. Januar 1849.

Der Vorstand

der Sodener Actien-Gesellschaft.

[276]

Aufforderung.

Gräfl. Anton Waldstein-Wartembergische Anleihe von 20 fl. 1,700,000 betreffend.

Nachdem die Berichtigung der Zinsen und der zur Rückzahlung bestimmten Obligationen aus dem im Jahr 1840 durch das Haus Steiner u. Comp. in Wien negociirten Gräfl. A. Waldstein-Wartembergischen 4pCt. Anleihen von ursprünglich 20 fl. 1,700,000 schon seit mehreren Terminen im Rückstande geblieben ist, so hat eine namhafte Zahl von Inhabern dieser Partialobligationen den Unterzeichneten veranlaßt, zu bevollmächtigen, ihr Interesse, dem Schuldner gegenüber, zu vertreten, sich erforderlichen Falls an Ort und Stelle zu begeben und sowohl gerichtlich als außergerichtlich diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche am geeignetsten sein möchten, die Erfüllung der obligationsmäßigen Verpflichtungen herbeizuführen.

Diesem Inhaber von Gräfl. Waldstein-Wartembergischen Partialobligationen, welche sich der vorerwähnten gemeinschaftlichen Vertretung ihrer Interessen noch anzuschließen wünschen, werden daher hierdurch aufgefodert, dem Unterzeichneten solches, unter Angabe ihrer Obligationen nach Nummern und Beträgen, kund zu geben, worauf ihnen eine entsprechende Vollmacht zur Vollziehung zugesandt werden wird.

Frankfurt a. M., den 30. Januar 1849.

Dr. von Guaita.

[329] Ein wissenschaftlich gebildeter israelitischer Lehrer, der im Hebräischen wohlfahren, der französischen Sprache vollkommen mächtig ist und gottesdienstliche Vorträge zu halten vermag, wünscht einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Wirkungskreis. Hierauf Reflektirende belieben recht bald ihre Offerten, portofrei, unter specieller Angabe der Bedingungen, mit B. G. D. in Greifenhagen in Pommern bezeichnet, einzusenden.

[2547] Bahntinctur.

Cresson de Para Camphré von Herrn Grandhomme, Zahnarzt in Paris, ist in Depôt bei **J. Breul jun.**, die Flasche zu 5 Kr. oder 2 fl. 20 Kr.

[6] Ein- und Verkauf von Staatspapieren und anlehenslotterielosen bei

Julius Stiebel junior.

[264] In der besten Meßlage des Römerbergs ist ein großer Eckladen mit Erker wesentlich oder jahrweise zu vermieten. Näheres bei **Joh. Conrad Strauch** in Frankfurt a. M.

[159] G. Feine Thibet-Kleider in den schönsten Farben zu 7 fl. bei

L. B. Schuster, Kleidenstraße Nr. 5.

420] Lotterie-Anzeige.

In der Ziehung 4r Klasse 115r hiesiger Stadt-Lotterie haben nachstehende Nummern die beigelegten Hauptpreise gewonnen, nemlich:

Nr. 11444	fl. 20,000,
„ 14834	„ 5,000,
„ 127	„ 2,000,
„ 10316	„ 1,000,

Frankfurt a. M., den 15. Febr. 1849.

Stadt-Lotterie-Direction.

[417] Zwei sehr schöne möblirte Parier-Zimmer mit Gartenvergütungen und eigenem Ausgang in den Garten sind pr. Jahr oder monatweise auf einer Wallstraße zu vermieten. Zu erfragen Zeit D 33 neu im ersten Stock.

Zu vermieten und Anfangs April zu beziehen:

Auf dem schönsten Theile der Zeit eine große Wohnung im 2. Stocke von 8—12 Zimmern, worunter 1 Salon etc., mit Gartenvergütungen und sonstigen Bequemlichkeiten, mit oder ohne Stallung für mehrere Pferde und Remise.

[418] **St e a b r i e f.**

Der nachstehend signalisirte Heinrich Ullmann von Pitterweil, schon mehr wegen Diebstahls in Unter-

suchung und im Zuchthaus, vorher bis zum Jahre 1840 als Ausläufer zu Frankfurt a. M., sollte am 4. l. M. wegen eines ihm angeschuldigten am 2/3. U. g. b. i. im Stadtmittelbureau zu Frankfurt mittelst Einbruchs verübten bedeutenden Gelddiebstahls an die unterzeichnete Stelle ab geliefert werden, er ist aber seiner Escorte auf dem Wege von Großkarben nach Friedberg entflohen.

Wahrscheinlich hat er auf seiner Flucht ca. 1200 fl. baares Geld, neue Kleider und eine goldene Cylinderuhr mit einem leichten goldenen Ketten und anhängenden Randungen, welche Gegenstände er bisher verborgen gehalten hat, mitgenommen.

Man ersucht darum alle 2c. Gerichts- und Polizeibehörden, unter dem Erbietten zu gleichen Diensten, auf jenen gefährlichen Menschen zu fahnden, ihn im Betretungsfall zu verhaften, die in seinem Besitze befindlichen Gegenstände sämtlich in Verwahrung zu nehmen und ihn mit solchen gegen Erstattung der Kosten an das unterzeichnete Gericht abzuliefern.

Gießen, den 13. Februar 1849.
Groß. Hoff. Criminalgericht das.
Klingelhöffer.

S i g n a l e m e n t

des Heinrich Ullmann von Pitterweil.

Alter: 41 Jahre.

Größe: 6 Fuß 8 Zoll Gr. Hoff. Maßes.

Haare: blond.

Stirn: hoch.

Augenbrauen: blond.

Augen: grau.

Nase: hart.

Mund: gewöhnlich.

Bart: blond.

Gesicht: länglich.

Derfelbe trug bei seiner Entweichung einen kurzen haubtlosen Überrock, schwarzgelb gestreifte Batafinknoten, ein graues Unterkamisol, eine rufschgrüne Kappe und Halbflekel. Früher kleidete er sich gewöhnlich elegant und zeichnete sich durch seine Manieren sowie durch ein höchst gewandtes und verschlagenes Benehmen aus.

[311] D e c r e t

auf die Klage des

Engelhard Bodenröder zu Wernborn, Klägers

gegen

Johann Bodenröder und dessen Ehefrau Elisabeth,

geb. Bader, daselbst, nummehr unbekannt wo abwesend,

Beklagte:

wegen Forderung von 11 fl. 1 Kr. für

in das Haus des Beklagten gemachte

Verwendungen nebst Zinsen und Kosten.

Den unbekannt wo? abwesenden Beklagten wird

aufgegeben, sich bis zum 31. März 1849 dahier auf

die vom Kläger zu Protokoll gegebene Klage, deren

Einsicht in der hiesigen Amtsregistratur ihnen freisteht,

zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des

Eingekündnisses und des Verlustes der Einreden.

Weitere Decretirungen werden nur durch Anschlägen

an das Gerichtsprotokoll bekannt gemacht werden.

Uffingen, den 13. Januar 1849.

Herzog. Nassauisches Amt.

Bonhausen.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)

Druck von August Oesterleth.